



Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen in der Städteregion Aachen

Boxgraben 132, 52064 Aachen
www.aachen.dfg-vk.de; **Mail:** aachen@dfg-vk.de

im April 2026

Liebe Freundinnen und Freunde,

die DFG-VK Aachen lädt Euch zur Beteiligung an unserem **KDV-Aktionstag in Aachen am 16. Juni 2026** ein.

Dann wird nämlich der Transit unseres Bundesverbandes u.a. mit dem nebenstehend zu sehenden Symbol unseres Verbandes auf seiner KDV-Städte-tour durch die Republik bei uns Station machen. Beantragt haben wir mit dem Münsterplatz und Rathausvorplatz vorsorglich 2 Alternativen – uns zwar ab ca. 13 Uhr bis 18.30 Uhr.



OSTERMARSCH RHEIN RUHR 2026

GEGEN WEHRPFLICHT UND MILITARISIERUNG

FRIEDENSFÄHIG STATT KRIEGSTÜCHTIG

KEINE NEUEN MITTELSTRECKENWAFFEN IN UNSEREM LAND!

4. April 2026

Düren 12:00 Uhr Kundgebung Kaiserplatz/Markt
Demonstration zum Bahnhof und Fahrt nach Köln

Köln 14:00 Uhr AlterMarkt (Nähe Hbf)
Beginn des Ostermarschs

Bahnverbindungen via Düren
11:18 – 11:45 Uhr Aachen Hbf – Düren
13:17 – 13:44 Uhr Düren – Köln Hbf

Direktverbindung
12:51 – 13:44 Uhr Aachen Hbf – Köln Hbf

Ostermarsch 2026 – Ostern für den Frieden

Krieg und Aufrüstung lassen immer mehr Menschen um ihre Zukunft bangen. Unsere Regierung setzt auf eine Politik der militärischen Stärke und Konfrontation, anstatt im Dialog Rüstungskontrolle und die Gewährleistung gegenseitiger Sicherheitsgarantien zu erarbeiten. Diese Militarisierung steigert die Kriegsgefahr und entzieht uns die Grundlage für ein solidarisches Miteinander. Eine der Folgen wird die Abschaffung unseres Sozialstaates sein.

Diese Hochrüstung blendet die Herausforderungen des Klimawandels aus. Es bedarf konsequenter Sicherheitsgarantien für unseren Globus! Wir fordern ... die strikte Einhaltung des Völkerrechts!

<http://www.ostermarsch-ruhr.de>

AKB, Antikriegsbündnis Aachen, DFG-VK, IPPNW, NaturFreunde Aachen, Pax Christi, VVN-BdA Aachen

Nach Ostern werden wir unsere Ideen zur Gestaltung dieses Tages zusammentragen und uns dann auch mit möglichen Kooperationspartnern in Verbindung setzen. Wir hoffen, mit dieser Aktion in unserer Stadt ein **deutliches Zeichen gegen die Militarisierung und den Aufrüstungswahn** setzen zu können!

Das gilt natürlich auch für den anstehenden Ostermarsch. **Am Ostersonntag** treffen wir uns zur Abfahrt nach Düren (bzw. später nach Köln) mit der Bahn nach **11.00 Uhr am Bahnhofsvorplatz**. Wer kein Deutschlandticket besitzt, sollte pünktlich sein, um sich ggfs. noch auf gemeinsame Gruppentickets verständigen zu können.

Eine vom Netzwerk Friedenskooperative in Bonn initiierte Anzeige in fünf Zeitungen (Die Zeit, taz, Freitag, ND & Junge Welt) wurde von mehr als 2.200 Menschen und über 70 Organisationen unterstützt – darunter auch von Aachener*innen. Hier ein Auszug:

Kriege verweigern - Frieden schaffen!

„Aus allen Winkeln der Erde erreichen uns aktuell schreckliche Bilder: gewaltsame Niederschlagungen von friedlichen Protesten, Ermordung von unschuldigen Zivilisten und Zivilistinnen, Erstarkung autoritärer Kräfte, zunehmende Einschränkungen von Menschenrechten, Drohnen und Bomben, die auf Menschen und Gebäude fallen. Es reicht! Verzweiflung darf nicht die Antwort auf die katastrophale Weltlage sein. Menschen auf der ganzen Welt engagieren sich gewaltfrei und bringen ihren Protest auf

die Straße – das sind Zeichen der Hoffnung, die auch wir setzen möchten. Daher gehen wir zu Ostern für eine nachhaltige Friedenspolitik und ein besseres Morgen auf die Straße!“

Die Ukraine und das Menschenrecht auf KDV:

Hunderttausende junge russische und ukrainische Männer haben sich seit dem russischen Überfall durch Flucht oder Untertauchen dem brutalen Krieg entzogen. Doch während sich ukrainische Kriegsdienstverweigerer hier zumindest z.Z. noch sicher aufhalten können, müssen ihre russischen Pendants in ständiger Angst vor der Abschiebung leben. Doch auch in der Ukraine hat sich die menschenrechtliche Situation mit zunehmender Kriegsdauer verschärft. So wurde der schon seit langem unter Hausarrest gehaltene Vorsitzende der Pazifistischen Union der Ukraine Yurii Sheliashenko jetzt am Abend des 19. März in Kiew gewaltsam von der ukrainischen Polizei festgenommen und über 44 Stunden lang willkürlich seiner Freiheit beraubt, ohne dass seine Familie oder sein Anwalt seinen Aufenthaltsort oder seinen Zustand in Erfahrung bringen konnten. Er wurde zunächst zur Polizeistation des Bezirks Pechersk und später zum Militärrekrutierungsbüro von Svyatoshyn gebracht. Sein Telefon wurde beschlagnahmt, sodass er weder kommunizieren noch rechtlichen Beistand gegen den rechtswidrigen Freiheitsentzug in Anspruch nehmen konnte — ein eklatanter Verstoß gegen ukrainisches Recht und internationale Menschenrechtsstandards. Nach internationalen Protesten wurde er frei gelassen und beschrieb seine brutalen Erfahrungen, wobei er auch von physischer Gewalt (er wurde beispielsweise geschlagen und mit Pfefferspray attackiert) sowie von demütigender Behandlung während der willkürlichen Haft berichtete. In einem anschl. Video erklärte er: *»Jetzt weiß ich zumindest ansatzweise, wie sich gewaltsam festgehaltene Kriegsdienstverweigerer* innen fühlen. Und es wird mich inspirieren, mehr und besser zu arbeiten.«* Der ukr. Soziologe V. Ishenko berichtete jüngst in der FR über Zwangsmobilisierungen und innerukrainische Proteste dagegen: Auch wenn das öffentlich nicht so bekannt gemacht werde, sei *„dieser Widerstand stark, die Rekrutierungsoffiziere sind verhasst. Schon 2022 war klar zu sehen, dass viele ukrainische Männer nicht in den Krieg ziehen wollen. Im Laufe der Jahre sind das immer mehr geworden. Erst wurde das geleugnet und tabuisiert, dann wurden die Menschen stigmatisiert, als nicht patriotisch“. Die Zahl der Wehrdienstverweigerer geht jetzt in die Millionen, die Zahl der wegen Desertion oder unerlaubtem Verlassen der Truppe eingeleiteten Verfahren in die Hunderttausende“*. Darüber beklagt er *„extremen Nationalismus“*, forciert von bestimmten Politiker*innen und Medien, *„die im Westen als liberal bezeichnet“* würden. Dass sich die Lage für russische Kriegsdienstverweigerer und Deserteure als sicher noch viel katastrophaler darstellt, macht es nicht besser. Umso skandalöser ist daher der Umgang mit ihnen in den westlichen Zufluchtsländern!

Doch Menschen- wie Völkerrecht wird auch andernorts mit Füßen getreten: So wird in einem Interview der FR vom 25.03.26 mit S. Michaeli von der israelischen Menschenrechtsorganisation **B'Tselem** die israelische Regierung und das Militär mit dem Vorwurf einer vertieften *„ethnischen Säuberung im Westjordanland“* konfrontiert. Die Situation dort und auch in Gaza sei *„ein Alptraum“*, wozu auch die verstärkte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den Irankrieg beitrage. In Gaza handele es sich auch nicht tatsächlich um einen Waffenstillstand, *„da die Gewalt nie wirklich aufgehört“* habe. Es seien weiter *„hunderte Menschen getötet“* worden und selbst die kleinen Fortschritte zur Verbesserung der humanitären Situation wären seit Iran wieder *„eingefroren“*. Die Organisation wird ihrer Regierung vor, *„ein Netzwerk von Folteranlagen“* für willkürlich inhaftierte, palästinensische Gefangene geschaffen zu haben. Rund die Hälfte der Gefangenen sei bislang ohne jegliches Gerichtsverfahren.

Und bei uns; im demokratischen Europa, bei den vermeintlich letzten Streibern für das Völkerrecht und den Erhalt der selbst konstruierten, sogenannten „regelbasierten Ordnung“? Per Whatsapp schickten die rechtsextremen und faschistischen Partezusammenschlüsse im EU-Parlament ihren neuen „Freund*innen“ der EVP (EU-Konservative, inkl. der Union mit ihrem CSU-Vorsitzenden Manfred Weber) einen Gruß: „**„Vielen Dank für die hervorragende Zusammenarbeit“**“, was seitens der Konservativen mit viel Emoji-Beifall quittiert wurde. Diese Zusammenarbeit bezieht sich auf die weitgehende Abschaffung des Menschenrechts auf Asyl und damit auf das, was ein Innenminister **Dobrindt** im Inland seit seinem Amtsantritt ohne Rücksicht auf Recht und Gesetz vorantreibt; im Übrigen nichts anderes als **lupenreine AfD-Politik!** Eine Folge davon beschreibt die auf der griechischen Insel Chios lebende Rechtsanwältin Natassa Strachini wie folgt: „*Entmenschlichung ist das, womit wir es hier zu tun haben ... Ich sah Krankenwagen, die die Toten in Säcken transportierten... Die Ärzt*innen, die die Verletzten und Toten als Erste sahen, bezeichneten es als Massaker... Sie sagten, die Toten hätten schwere Kopfverletzungen gehabt*“. (über ein am 3.2.26 vor Chios mit 39 Flüchtlingen überladenes Schlauchboot, dass mit einem bewaffneten Stahlschiff der gr. Küstenwache zusammenstieß)

Nimmt man hinzu, dass nicht nur im EU-Parlament, sondern auch hierzulande sich immer mehr „*Rechte Allianz(en) für Rückkehrzentren*“ (FR v. 11.02.) bilden und „*Rechte Mehrheiten...immer mehr Demokratieprojekte (kippen)*“ (FR v. 27.02.), dann müssen wir wohl damit rechnen, dass die sog. Brandmauer bald gänzlich Geschichte ist und ein neues „**Bündnis zwischen Mob und Elite**“ (Hannah Arendt) droht.

DFG-Aktions-/Veranstaltungsrückblicke:

- » Am **2. Schultreiktag gegen Wehrpflicht** beteiligten sich am 5. März in Aachen wieder rund 300 vorwiegend junge Menschen. Unsererseits wurden dabei erstmals die neuen Flyer (s. Anhang) mit Infos zur Kriegsdienstverweigerung und den Beratungsmöglichkeiten vor Ort verteilt. Seit Ende Januar 2026 sind über unsere Kontaktadresse kdv-aachen@dfg-vk.de mittlerweile rund 20 Beratungsanfragen eingegangen. Unser Verband warnt aber auch vor vermeintlich seriösen, tatsächlich aber von rechts kommenden Kreisen, die sich mit obskuren Beratungsangeboten auf dem Markt tummeln. Dazu gehören z.B. eine „*Freiheitskanzlei*“ oder der „*Kriegsdienstblocker*“. Die angebotenen Informationen sind z.T. nachweislich falsch.
- » Bei unserer Mitgliederversammlung am 25. März standen nach 2 Jahren u.a. turnusmäßige Neuwahlen an. Als Gruppensprecherin/Gruppensprecher fungieren weiterhin Astrid und Bernd; die Kasse wird von Sabine ebenfalls weiter geführt.



Was steht an?

- » **n. Gruppentreffen der DFG-VK Aachen:**
Mi., 08. April und Mi., 06. Mai – beides um 18 Uhr im Boxgraben 132.
- » Am **Fr. 08. Mai** ist der nächste „**Schulstreik gegen Wehrpflicht**“
- » Mit jeweils einem **Infostand** beteiligen wir uns am **1. Mai** auf dem „Platz der Demokratie“/Büchel (DGB) und am **Sa., den 29. Aug.** (Marktplatz) beim **ACner CSD**. Bei beiden Anlässen werden wir vor allem Infos zu den Themen KDV und soz. Folgen der Hochrüstung anbieten.



- » **Bündnisveranstaltung** zum Internationalen **Flaggentag** der „mayors for peace“ in Aachen am **08. Juli 26** (nähere Infos dazu folgen).
- » **25. Friedenslauf** der ACner Schulen am **Fr., den 10 Juli 26** vormittags. Helfer*innen werden noch dringend gesucht...

Ausgewählte Meinungen/Kommentare zitiert...

- » Lt. AZ-online-Portal vom 29.03. wird die **RWTH Aachen** in Aldenhoven in die **Drohnenforschung** einsteigen – angeblich zum „Nutzen für Patienten und Militär“. Der zuständige Prof. Moormann läßt sich wie folgt zitieren: „*Wir unterstützen die militärische Nutzung von Drohnen im Sinne der Verteidigung*“. Prof. Moormann sei schon als Chefsingenieur beim Mischkonzern Airbus mit militärischen Zwecken befasst gewesen und habe daher Erfahrungen in diesem Bereich. Wenn dem so ist, sollte er aber wissen, dass einmal entwickelte Drohnen in jeglicher Hinsicht, also auch als Angriffswaffen einsetzbar sind. So wurde kürzlich in der FR berichtet, dass die Ukraine bis zu 4 Mio. Drohnen pro Jahr produziere und damit für die gegnerischen Soldaten an der Front „*absolute Todeszonen*“ entstehen, wo auf 15 KM-Breite nicht einmal mehr Verletzte geborgen werden können. Darüber hinaus wäre auch zu fragen, wie der offene Einstieg in den Rüstungssektor mit der bisherigen „Zivilklausel“ der Hochschule vereinbar ist, in deren „Praeambel“ es in der Fassung vom 9. September 2015 heißt: „*Forschung auf höchstem Niveau dient dem Menschen und der Verbesserung von Lebens- und Umweltbedingungen. (...) Die RWTH verfolgt ausschließlich friedliche Ziele und leistet insofern ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt*“?
- » Der Politikwissenschaftler Johannes Varwick läßt sich in der FR vom 21.03. wie folgt verlauten: „*Wir erleben zweifellos die gefährlichste internationale Lage seit dem Ende des II. Weltkrieges. Wenn es so weitergeht, steht die Welt am Abgrund. 5 % sind eine Rüstungsorgie. Nötig wäre stattdessen, auf der Grundlage eigener Stärke wieder über Rüstungskontrolle und vertrauensbildende Maßnahmen nachzudenken*“.
- » Schlagzeile der Financial Times vom März 2025: „*Europa muss seinen Sozialstaat abbauen, um einen Kriegsstaat aufzubauen*“. Muss noch? Sind wir nicht längst dabei, wenn lt. Bundesbauministerium z.B. zum 31.1.25 mehr als 137.000 junge Menschen unter 18 Jahren wohnungslos waren – drei Mal so viele wie 3 Jahre zuvor? Natürlich, „*es sind nicht die Kinder von Merz oder Pappberger, die im Schützengraben enden*“ (wie eine Schulstreikschülerin am 5. März meinte), aber eine nicht unbeträchtliche Anzahl, die unser schöner „Sozialstaat“ schon heute und offenbar ohne schlechtes Gewissen in der Gosse landen lässt.
- » Lt. FR v. 18.03. hat der heutige US-Kriegsminister Hegseth früher schon Bücher über „Christian Warrior“ verbrochen. Konsequenterweise versprach er bei einer kürzlich gehaltenen Rede bei einem „National Prayer Breakfast“ den anwesenden Soldaten, dass sie ewiges Leben erhalten würden, wenn sie „*für ihre Einheit, ihr Land und ihren Schöpfer*“ ihr Leben ließen. Schließlich sei der akt. Irankrieg nur mit Gotteswillen begründet. Von im jenseitigen Paradies wartenden „*Jungfrauen*“ war noch keine Rede...
- » Fiona Hill, britisch-amerikanische Sicherheitsberaterin mehrerer US-Präsidenten äußerte lt. FR v. 2. März bei einem Vortrag in London die Einschätzung, wonach „*der III. Weltkrieg bereits begonnen hat, nur eben nicht so, wie sich die meisten Menschen das vorstellen*“.
- » ...und eine Ermutigung von Boris Pasternak zum Schluss: „**Niemals und unter keinen Umständen dürfen wir verzweifeln. Zu hoffen und zu handeln, das ist unsere Pflicht im Unglück**“. Ergänzt um Jane Goodall: „**Es ist zu spät, um pessimistisch zu sein. Jetzt ist es an der Zeit zu handeln**“.

PS: Wer diesen Rundbrief künftig nicht mehr beziehen möchte, möge bitte eine kurze Mail an die im Briefkopf angegebene Mailadresse schicken.

Viele Grüße
Bernd

Unser Spendenkonto, Deutsche Friedensgesellschaft, IBAN: DE26 43060967 4006161751